



**Die Oberbürgermeisterin der Stadt Remscheid und
die Vorsitzenden der Fraktionen
CDU, SPD, B90/Grüne und FDP
schließen zur Wiederherstellung
der finanziellen Handlungsfähigkeit Remscheids
die folgende Vereinbarung als „Zukunftspakt Remscheid“**

Die Oberbürgermeisterin und der Kämmerer für den Verwaltungsvorstand, sowie die Vorsitzenden für die im Rat der Stadt Remscheid vertretenen Parteien CDU, SPD, B90/Grüne und FDP bekennen sich gemeinsam zu dem Ziel, den Haushalt der Stadt Remscheid nachhaltig und generationengerecht zu konsolidieren. Das strukturelle Defizit von derzeit über 40 Millionen Euro soll mittelfristig abgebaut werden, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Rat und Verwaltung verpflichten sich gleichermaßen zur Haushaltsdisziplin. Nur so kann ein kommunalpolitischer Handlungsspielraum für Remscheid wieder erlangt und auf Dauer gesichert werden.

Seit 1994 besteht für die Stadt Remscheid die Verpflichtung zur Aufstellung von Haushaltssicherungskonzepten. Mit Ausnahme des Jahres 1999 unterliegt die Haushaltswirtschaft der Stadt Remscheid in den zurückliegenden zwölf Jahren somit den Beschränkungen des sogenannten Nothaushaltsrechts. Während dieses Zeitraums sind die kurzfristigen Verbindlichkeiten der Stadt Remscheid zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts auf eine Summe von mehr als 350 Millionen Euro angestiegen.

Fremdbestimmte und von der Stadt Remscheid kaum beeinflussbare Entwicklungen haben zur Entstehung dieser katastrophalen Finanzlage beigetragen. Ein konjunktureller Aufschwung und eine grundlegende Gemeindefinanzreform sind deshalb unverzichtbare Voraussetzungen für die Bewältigung kommunaler Finanzprobleme. Deshalb unterstützen Rat und Verwaltung der Stadt Remscheid die Initiativen der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch-Land und der kommunalen Spitzenverbände für eine nachhaltige Gemeindefinanzreform.

Trotzdem stehen Rat und Verwaltung der Stadt Remscheid auch weiterhin in der Verantwortung, einen eigenen Beitrag zur Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit zu erbringen. Zu dieser Verantwortung bekennen sich die Unterzeichner dieser Erklärung.

Seite 2 des „Zukunftspakt Remscheid“

Dabei sind sie sich im Klaren darüber, auch politisch unbequeme und schwierige Entscheidungen treffen zu müssen, um die Ausgaben der Stadt Remscheid spürbar zu senken und auf diesem Wege ein weit höheres Einsparvolumen als bisher zu erzielen.

Dieser Weg ist unumgänglich, um eine belastbare Gerechtigkeit zwischen den Generationen in unserer Stadt wieder herzustellen. In diesem Sinne dürfen die Zukunftschancen Remscheids nicht durch eine übermäßige Ausgabenpolitik in Vergangenheit und Gegenwart verspielt werden.

Deshalb finden sich weder Rat und Verwaltung der Stadt Remscheid mit der bestehenden Situation ab, sondern streben gemeinsam eine grundlegende Reform der Kommunalverwaltung in Remscheid an. In Würdigung der bisherigen Bemühungen des Rates und der Verwaltung erscheint es aus heutiger Sicht zweckmäßig und erforderlich, die Organisations-, Aufgaben- und Haushaltsstruktur der Stadt Remscheid auf den Prüfstand zu stellen.

In einem ersten Schritt vereinbaren Rat und Verwaltung der Stadt Remscheid mit Unterstützung eines Beratungsunternehmens, den Prozess der Haushaltskonsolidierung neu zu beleben und in einem abgestimmten Verfahren durchzuführen.

Dieser erste Schritt umfasst:

1. eine Haushalts- und Aufgabenkritik der städtischen Verwaltung, um den Verzicht von Aufgaben und die Reduzierung bestehender Standards vorzubereiten;
2. die Benennung konkreter und umsetzbarer Konsolidierungsvorschläge, die Einsparungen im Bereich der Personal- und Sachkosten sowie Einnahmeverbesserungen in einem Handlungsleitfaden zusammenfassen;
3. die Erarbeitung eines Umsetzungsplanes und Einführung einer effizienten strategischen und operativen Controllingstruktur auf Basis eines einheitlichen Berichtswesens;
4. die Berücksichtigung der Eigenbetriebe der Stadt Remscheid und der städtischen Beteiligungen im Rahmen einer erweiterten Aufgabenkritik, um Doppelzuständigkeiten im „Konzern Stadt“ zu beheben und neue Synergien zu heben.

Die Unterzeichner verpflichten sich, die Konsolidierungsbemühungen umgehend zu intensivieren. Bereits in der Ratssitzung am 13. November 2006 soll die Beauftragung einer externen Beratung in die Wege geleitet werden, damit die Untersuchungen im ersten Quartal des Jahres 2007 begonnen werden können.

Seite 3 des „Zukunftspakt Remscheid“

Darüber hinaus stimmen die Fraktionen dem Nachtragshaushalt 2006 und den vorgelegten Erhöhungen der Grundsteuer B und der Hundesteuer als weiteren Schritt der Konsolidierung der städtischen Finanzen zu. Sie tun dies insbesondere, um den angedrohten Restriktionen der Kommunalaufsicht entgegen zu wirken und um somit die notwendigen Erhaltungsinvestitionen der Stadt zu sichern.

Remscheid, den 10. November 2006

Für die Verwaltung der Stadt Remscheid

Beate Wilding
Oberbürgermeisterin

Jürgen Müller
Stadtdirektor und Stadtkämmerer

Für den Rat der Stadt Remscheid

Karl-Heinz Humpert
Vorsitzender der CDU Ratsfraktion

Hans Peter Meinecke
Vorsitzender der SPD Ratsfraktion

Beatrice Schlieper
Vorsitzende der Ratsfraktion
von Bündnis'90/DIE GRÜNEN

Wolf Lüttinger
Vorsitzender der FDP Ratsfraktion